

Einbindung von Kommunen in das Umweltportal Deutschland am Beispiel des Kommunalen PortalU[®] Niedersachsens

Dr. Fred Kruse, Dr. Martin Klenke, Stefanie Uhrich, Christiane Giffei, Sybille Peters¹

Abstract

Das Umweltportal Deutschland PortalU[®] (www.portalu.de) ist bisher ein Portal für Umweltinformationen von Bund und Ländern. Mittelfristig soll es um kommunale Umweltinformationen erweitert werden. Eine direkte Einbindung der Informationsangebote der Kommunen sprengt den Rahmen der derzeitigen organisatorischen Struktur des Portals. Es werden zwei Ansätze dargestellt, wie die organisatorische Struktur erweitert werden kann, um eine Einbindung kommunaler Umweltinformationen zu gewährleisten.

1. Einleitung

Die Kommunen sind im Hinblick auf die Umsetzung der Umweltinformationsgesetze der Länder bzw. der EU-Richtlinie 2003/4/EG ebenso wie der Bund und die Länder verpflichtet, bestimmte Umweltinformationen aktiv bereitzustellen.

Auf Ebene des Bundes und der Länder ist das Umweltportal Deutschland PortalU[®] (www.portalu.de) der zentrale Zugang zu diesen Informationen. Das Angebot des Portals umfasst mittlerweile mehr als 2.000.000 Webseiten von fast 200 Behörden auf Bundes- und Landesebene. Weiterhin sind 24 Datenbanken angeschlossen, die entweder direkt umweltrelevante Daten enthalten oder über Metadaten den Nachweis über vorhandene Informationen beschreiben.

Eine Einbindung von Kommunen in das System ist zwar technisch weitgehend unproblematisch, stellt aber die vorhandenen Strukturen vor große organisatorische Probleme. So stellt schon allein die Menge der Kommunen ein ernsthaftes organisatorisches Problem dar. Sollten alle deutschen Kommunen in PortalU[®] eingebunden werden, würde die Anzahl der Informationen anbietenden Behörden von jetzt etwa 200 auf mehr als 13.000 steigen.

2. Organisatorische Möglichkeiten der Einbindung

Grundsätzlich ist die Einbindung von Kommunen ein quantitatives Problem. Die Abstimmung unterschiedlicher inhaltlicher und technischer Vorgaben, wie dies über die Verwaltungsvereinba-

¹ Koordinierungsstelle PortalU im Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz

zung UDK/GEIN bzw. deren Gremien erfolgt, ist praktisch an eine Obergrenze agierender Partner gebunden. Zurzeit werden alle Entscheidungen über Einsatz und Weiterentwicklung der Software bzw. des Portals durch die Gremien der Verwaltungsvereinbarung getroffen. In ihnen sind die 16 Länder Deutschlands sowie der Bund vertreten.

Die Koordinierungsstelle PortalU betreibt nicht nur das Portal, sondern ist auch für die Koordination der Anforderungen der Partner und die technische und inhaltliche Betreuung der Anbieter bezüglich der Einbindung der Umweltinformationen in PortalU[®] zuständig. Schon bei den etwa 200 derzeit in PortalU[®] vertretenen Anbietern ist diese Aufgabe praktisch nur durch eine Bündelung der Anforderungen durch zuständige Ansprechpartner bei Bund und Ländern möglich.

In wesentlich stärkerem Maße tritt das Problem einer großen Menge von Ansprechpartnern bei der Anzahl von ca. 13.000 Kommunen in Deutschland auf. Um das organisatorische Problem der Einbindung dieser großen Anzahl von Informationsanbietern zu lösen, gibt es grundsätzlich drei Ansätze:

1. Die Kommunen werden über Umweltinformationssysteme der zugehörigen Länder eingebunden, bzw. die Länder übernehmen die Koordination der direkten Einbindung der Kommunen in PortalU[®].
2. In den einzelnen Flächenstaaten werden kommunale Umweltportale mit Hilfe der PortalU[®]-Software „InGrid[®]“ aufgebaut und diese dann an PortalU[®] angeschlossen.
3. Die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene bilden ein „Kommunales PortalU[®]“, das dann in das Umweltportal Deutschland PortalU[®] eingebunden wird.

Die dritte Option scheint derzeit nicht zu verwirklichen zu sein, da es bisher von der Bundesebene der kommunalen Spitzenverbände keine Signale für ein Interesse an der Verwirklichung eines solchen Portals gibt. Im Folgenden werden daher Ansätze bzw. Piloten für die ersten beiden Optionen dargestellt.

3. InGrid[®] - eine Software zur Realisierung von Umweltportalen

Die Software InGrid[®] wurde entwickelt, um mit ihrer Hilfe das Deutsche Umweltportal PortalU[®] aufzubauen. Konzeptionell wurde auf besonders modulare und skalierbare Software gesetzt. Großer Wert wurde weiterhin auf die möglichst breite Verteilbarkeit der einzelnen Komponenten gelegt.

InGrid[®] bietet alle Voraussetzungen, die ein Umweltportal erfüllen muss, das sowohl die Umweltinformationsgesetze des Bundes und der Länder, die INSPIRE-Richtlinie und zukünftig ggf. auch die Anforderungen eines Europäischen Shared Environmental Information System (SEIS) unterstützen soll. Über InGrid[®] können alle Arten von Umweltinformationen - von Web-Seiten,

über Metadaten bis hin zu Daten wie z.B. Messwerte und Karten - recherchiert, nachgewiesen und dargestellt werden.

Einerseits setzt das System auf schnelle performanz-optimierte interne Kommunikationsschnittstellen, andererseits werden die offenen, standardisierten XML-Schnittstellen unterstützt. Zentrale Komponente des Systems ist der iBus, der alle Anfragen der nutzerfreundlichen Portaloberfläche an die über interne Schnittstellen angeschlossenen iPlugs weiterreicht (siehe Abbildung 1). Die Antworten der verschiedenen iPlugs werden im iBus gesammelt und (wo möglich) nach üblichen Ranking-Kriterien an das Portal zurückgegeben. Es können auch iPlugs von externen Installationen (z.B. ein Suchmaschinen-iPlug eines kommunalen Portals in PortalU[®]) eingebunden werden, damit trägt jede weitere Installation von InGrid[®] zum Informationsangebot von PortalU[®] bei.

Über die OGC-konforme Catalog-Service-Web-Schnittstelle (CSW) kann die Software direkt in die nationale Geodateninfrastruktur (GeoPortal.Bund) eingebunden werden. Karten, die im OGC- und INSPIRE-konformen Web Mapping Service (WMS) vorliegen, können mit Hilfe des integrierten Karten-Viewers visualisiert werden.

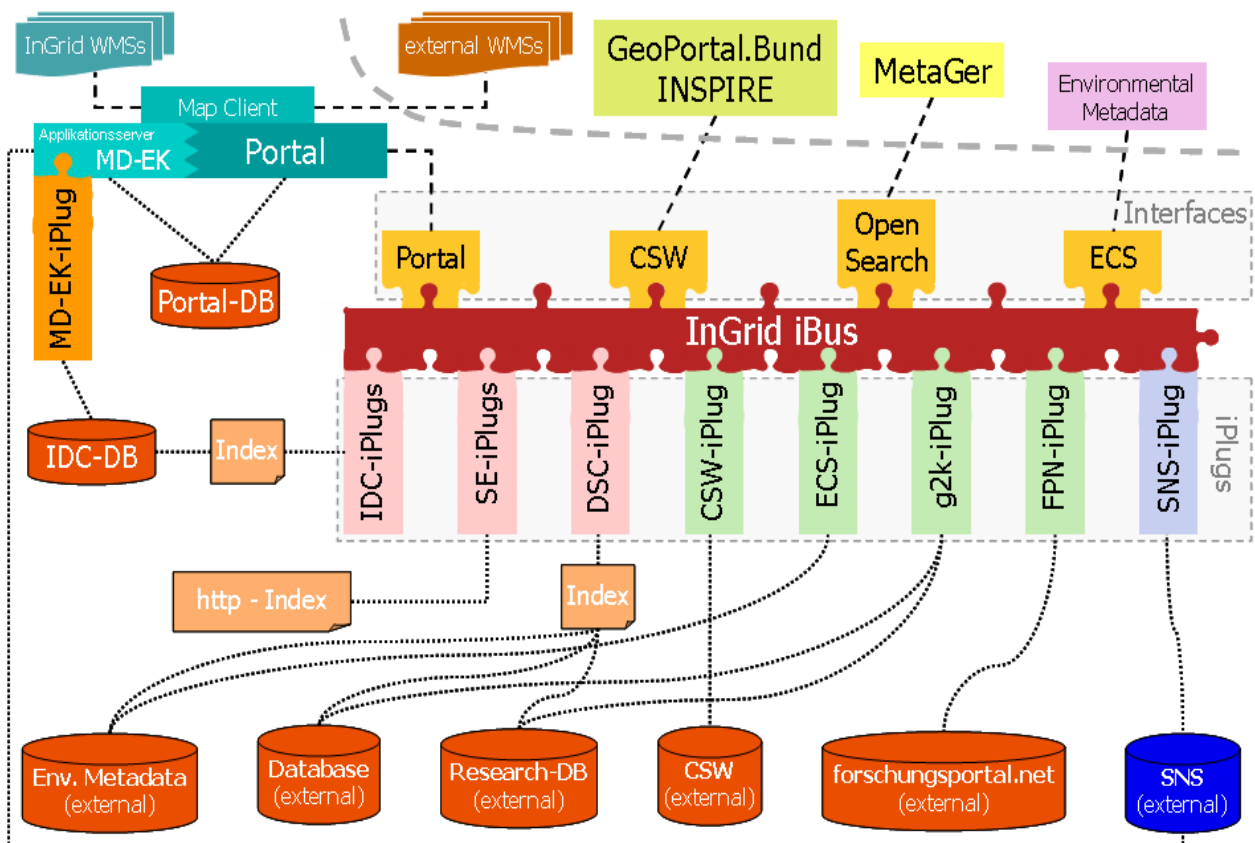


Abbildung 1: Architektur der Software InGrid[®]

Alle intern verwendeten Komponenten sind auf Basis von Open Source Software entwickelt worden. Die Software InGrid[®], die die einzelnen Komponenten als verbindende Klammer umschließt, kann von Bund und Ländern an alle Behörden wie auch an Kommunen kostenlos weitergegeben werden.

4. Beispiele unterschiedlicher Realisierungen der Einbindung von Kommunen

In den verschiedenen Bundesländern gibt es derzeit unterschiedliche Ansätze zur Einbindung der Kommunen. Im Folgenden sollen beispielhaft die Ansätze der Länder Niedersachsen (Ansatz 1) und Sachsen (Ansatz 2) genannt werden.

4.1 Pilotprojekt „Kommunales PortalU[®] Niedersachsen“

Eine mögliche organisatorische und technische Lösung des Problems stellt das Pilotprojekt Kommunales PortalU[®] Niedersachsen (www.portalu.niedersachsen.de) dar. Dieses Portal wurde mit Hilfe der PortalU[®]-Software InGrid[®] und durch finanzielle Unterstützung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz aufgebaut und wird von den kommunalen Spitzenverbänden Niedersachsens organisiert. In ihm können auf freiwilliger Basis alle Kommunen Niedersachsens ihre Informationen zentral darstellen.

Das Pilotprojekt umfasst zurzeit 18 Kommunen mit ca. 36.000 Webseiten. Die Kommunen setzen sich sowohl aus kreisfreien Städten und Landkreisen als auch kreisgebundenen Gemeinden mittlerer und kleinerer Größe zusammen. Im nächsten Schritt (Produktionsbetrieb) ist ein Ausbau des Portals auf etwa 200 Kommunen geplant. Nach Übergang des Projektes vom Pilot- in den Produktionsbetrieb ist eine Einbindung der Informationen über den iPlug-Mechanismus in PortalU[®] geplant.

4.2 Umweltportal Sachsen

Der Freistaat Sachsen betreibt das Umweltportal Sachsen (<http://portalu.smul.sachsen.de>), das über die Software InGrid[®] aufgebaut ist. Es ist geplant, die sächsischen Kommunen sukzessive in das Portal einzubinden. Dabei wird die Priorität nach Größe der Kommune und des Internet-Auftritts festgelegt. Weiterhin ist ein wichtiger Faktor die Bereitschaft der Mitarbeit einer Kommune bei der Einbindung der Umweltinformationen in das Portal.

Derzeit stellen ca. 20 Kommunen Informationen in recht unterschiedlichem Umfang für das Portal bereit. Neben der Landeshauptstadt und den größeren Städten Sachsens sind auch einzelne Landkreise als Informationsanbieter an dem Portal beteiligt.

Eine Anbindung des Umweltportals Sachsen an PortalU[®] ist in Vorbereitung.

5. Fazit

Die Organisation eines kommunalen Umweltportals über die kommunalen Spitzenverbände der Länder (Ansatz 1) ist schwierig und langwierig. Es ist sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten und für den dauerhaften Betrieb eines Portals fehlen geeignete organisatorische Strukturen. Vielversprechender und stringenter ist eine Einbindung der Kommunen über Landesumweltportale.